

Verwaltung

Frau Schönemann
Herr Steffen

Amt für Schule
Amt für soziale Leistungen
- Sozialamt -

Frau Dammann

Amt für soziale Leistungen
- Sozialamt -

Frau Hoheisel
Frau Streubühr

Amt für Verkehr
Amt für soziale Leistungen
- Sozialamt -

Gäste

Herr Can

Kompetenzzentrum Selbstbestimmt
Leben

Frau Kühler

von 17.00 Uhr bis
18.00 Uhr

Gebärdendolmetscherin

Frau Voß

von 17.00 Uhr bis
18.00 Uhr

Gebärdendolmetscherin

Schriftführung

Frau Markwart

Amt für soziale Leistungen
- Sozialamt -

Öffentliche Sitzung

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Baum begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzender Herr Baum schlägt vor, das Thema „Leitbild der Bildungsregion Bielefeld“ im Rahmen der Dringlichkeit als TOP 6 zu beraten. Der Beirat ist einverstanden.

Es gibt keine weiteren Änderungen der Tagesordnung.

-.-.-

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 22. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 28.06.2017

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 22. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 28.06.2017 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 Presseinformation des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Information.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 **Informationen der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Anlage.

Zu Punkt 3.3 **Verabschiedung von Herrn Hofmann, Frau Pieper und Herrn Conty**

Vorsitzender Herr Baum verabschiedet Herrn Hofmann, Frau Pieper und Herrn Conty aus dem Beirat. Er spricht im Namen des Beirates sein Bedauern über das Ende der Mitgliedschaft aus und bedankt sich ganz herzlich für die Mitarbeit und gute Zusammenarbeit. Er wünscht ihnen für die Zukunft alles Gute und lässt Blumensträuße überreichen.

Herr Hofmann, Frau Pieper und Herr Conty bedanken sich ebenfalls herzlich für die Wünsche und für die gute Zusammenarbeit.

Zu Punkt 3.4 **Erweiterung des kommunalen Pflegestützpunktes um den Standort Sennestadt**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

Zu Punkt 3.5 **Veranstaltungen**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandten und als Tischvorlage ausliegenden Veranstaltungshinweise (**Anlagen 1, 2 und 3**).

Vorsitzender Herr Baum lädt zum Selbsthilfetag der LAG Selbsthilfegruppen ein. Entsprechende Flyer liegen aus.

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 5 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 6 Leitbild der Bildungsregion Bielefeld

Frau Schönemann erläutert den als Tischvorlage ausliegenden überarbeiteten Entwurf des Leitbildes der Bildungsregion Bielefeld (**Anlage 4**).

Sie geht insbesondere auf den Beschluss des Beirates für Behindertenfragen ein, der in seiner Sitzung am 29.03.2017 empfohlen habe, das Leitbild der Bildungsregion Bielefeld als gemeinsam getragenen und verbindlichen Orientierungsrahmen für alle Bildungsakteure der Bildungsregion Bielefeld mit der Maßgabe zu beschließen, die Themen „Gemeinsames Lernen“ und „Inklusion“ weiter auszuführen.

Der Begriff Inklusion und die Anliegen des Beirates für Behindertenfragen seien nunmehr vorrangig aufgenommen worden. Dabei biete das Leitbild allerdings nur einen Rahmen für die Entwicklung einzelner Konzepte.

Frau Schönemann beantwortet Fragen von Frau Röder und Frau Schmieder.

Herr Conty schlägt vor, dass der Beirat sich in einigen Jahren (2020/2021) mit der erfolgten Umsetzung des Leitbildes auseinandersetze und daraus resultierende Anmerkungen als Anträge oder Anfragen in die Fachgremien weitergäbe.

Vorsitzender Herr Baum bedankt sich für die Überarbeitung des Leitbildes und für den Bericht.

Zu Punkt 7 Bericht vom Kompetenzzentrum Selbstbestimmt Leben (KSL)

Herr Can geht kurz auf die Aufgaben des KSL ein und berichtet über Erfahrungen und Erfolge im vergangenen Jahr.

Das Team arbeite an der Ermittlung von Barrieren und Lösungsmöglichkeiten für die Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und Teilhabe behinderter Menschen, wie z. B.

- kommunale Inklusionsplanungen in der Region
- Treffen von neun Behindertenbeiräten aus der Region
- unabhängige Beratungsangebote
- Etablierung des Persönlichen Budgets
- Aufarbeitung und Bekanntmachen der Gesetze zum Thema Inklusion (Bundesteilhabegesetz, Pflegestärkungsgesetz und Inklusionsstärkungsgesetz)
- ergänzende unabhängige Teilhabeberatung

Herr Can stellt die vom KSL entwickelte Broschüre „Einsatz von Einkommen und Vermögen (Bundesteilhabegesetz)“ vor, die er zur Ansicht an die Beiratsmitglieder verteilt. Eine ähnliche Broschüre sei auch für das Thema „Persönliches Budget“ in Planung.

Inzwischen sei in jeder Kommune ein Ansprechpartner für Menschen mit Behinderung vorhanden.

Weitere Informationen können auf der Internetseite www.ksl-nrw.de oder www.ksl-owl.de eingesehen werden.

Fragen von Herrn Holler-Göller, Herrn Conty, Frau Pieper und Herrn Winkelmann werden beantwortet.

Vorsitzender Herr Baum bedankt sich für den ausführlichen Bericht.

Zu Punkt 8 Persönliches Budget

Herr Can erläutert die Möglichkeiten der Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets z. B. für Schülerbeförderungskosten.

Das Persönliche Budget ermögliche Menschen mit einem bereits festgestellten oder noch festzustellenden Anspruch auf Teilhabeleistungen (für Menschen mit Behinderung oder einer chronischen Erkrankung) anstelle einer traditionellen Sach- oder Dienstleistung eine Geldzuwendung zu erhalten. Der Empfangsberechtigte könne im Rahmen der vereinbarten Kriterien und Auflagen selbst entscheiden, wann und in welchem Umfang er welche Dienstleistung oder Unterstützung durch welche Person oder Einrichtung/Institution bzw. Firma in Anspruch nehmen wolle.

Das Persönliche Budget könne im Rahmen der Schülerbeförderung z. B. für einen Fahrdienst, für Fahrgemeinschaften oder für eine Integrationskraft, die den Schulweg begleitet, verwendet werden.

Vorsitzender Herr Baum schlägt vor, dass Herr Can Herrn Müller, Amt für Schule, und die betroffenen Eltern über Möglichkeiten der Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets informiert. Herr Can wird Herrn Müller kontaktieren.

Herr Can beantwortet Fragen von Frau Röder.

Vorsitzender Herr Baum bedankt sich für die Informationen.

Pause von 17.00 Uhr bis 17.10 Uhr

Zu Punkt 9 Aktuelle Daten zur Schwerbehinderung

Herr Steffen gibt einen Überblick über die Entwicklungen im Schwerbehindertenrecht 2016 (**Anlage 5**).

Auf Anfrage teilt Herr Steffen mit, dass 390 Personen in Bielefeld das Merkzeichen BL (Blindheit) hätten, für das neue Merkzeichen TBL (sehr schwer sehbehindert und sehr schwer hörbehindert) seien noch keine Anträge gestellt worden.

Weitere Fragen von Frau Röder, Vorsitzendem Herrn Baum, Herrn Huhn, Herrn Dr. Bruder, Frau Heinrich, Herrn Heuer und Herrn Hofmann werden beantwortet.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 10 Konzept zur Weiterentwicklung der Kosten der Unterkunft (KdU)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5087/2014-2020/1

Frau Dammann informiert über die Nachtragsvorlage.

Sie beantwortet Fragen von Frau Röder und Herrn Dr. Bruder.

Herr Winkelmann verweist auf die Beschlüsse des Beirates für Behindertenfragen und des Psychiatriebeirates zur Anhebung der KdU-Sätze und des gemeinsamen Antrags der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Ratsgruppe Bürgernähe vom 19.06.2017 aus der Sitzung des SGA vom 20.06.17. Entsprechend dieser Anträge sei die nun vorliegende Beschlussvorlage von der Verwaltung erarbeitet worden.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Dr. Bruder, Herr Winkelmann, Frau Röder, Vorsitzender Herr Baum und Herr Burkat.

In der nächsten Sitzung am 08.11.2017 werde der Beirat zu dem Thema einen Antrag an den SGA formulieren.

Ohne weitere Aussprache nimmt der Beirat für Behindertenfragen den **folgenden Beschluss des SGA zur Kenntnis:**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit Wirkung zum 01.01.2018 die Richtlinien zu den Kosten der Unterkunft im SGB II und SGB XII wie folgt zu konkretisieren:

- **Erhöhung der Wirtschaftlichkeitsgrenze**
Leistungsberechtigte nach dem SGB II werden nur dann zur Senkung der KdU aufgefordert, wenn ihre Miete mehr als 15% (bisher 10%) über der Angemessenheitsgrenze liegt bzw. bei Berechtigten nach dem SGB XII um mehr als 20% (bisher 15%).

- **Erweiterung der Wirtschaftlichkeitsprüfung**
Bisher wird die Angemessenheit nur auf Basis der Nettokaltmiete überprüft. Künftig sollen in einem zweiten Schritt auch die Betriebskosten mit in den Gesamtvergleich einbezogen werden.
- **Aufnahme einer Ausnahmeregelung zum Erhalt von bestehenden Hilfestrukturen**
Es erfolgt keine Aufforderung zur Senkung der KdU, wenn die leistungsberechtigte Person nachweislich durch Unterstützung in ihrem derzeitigen Wohnumfeld in der Lage ist, selbstständig zu leben und bei Aufgabe der bestehenden Wohnung stattdessen auf professionelle Versorgung angewiesen wäre.
- **Reduzierung der Anforderungen an den Nachweis von Bemühungen um eine günstigere Wohnung**
Wenn Leistungsberechtigte aufgefordert werden, ihre KdU zu senken, so müssen sie bisher alle drei Monate Bestätigungen von Wohnungsbaugesellschaften vorlegen, dass für sie keine angemessene Wohnung verfügbar ist. Künftig soll es ausreichen, alle 12 Monate neue Bestätigungen der Wohnungsbaugesellschaften vorzulegen.
- **Zeitpunkt für Wiederholungsuntersuchungen individualisieren**
Wenn Leistungsberechtigten ein Umzug aufgrund von gesundheitlichen Einschränkungen nicht zugemutet werden kann, so erfolgt bislang mindestens einmal jährlich eine amtsärztliche Überprüfung. Ob und wann eine weitere Überprüfung stattfinden muss, soll künftig in Absprache mit dem Amtsarzt in Abhängigkeit von der jeweiligen Erkrankung festgesetzt werden.
- **Verbesserung der Situation für Menschen, die stationäre Wohnformen verlassen**
Für Menschen, die in stationären Wohnformen leben (z.B. in Einrichtungen der Eingliederungshilfe, Suchthilfe, Jugendhilfe) und diese verlassen wollen ist ein Zuschlag auf die Referenzmiete von 15% anzuerkennen.
- **Einführung einer Stufe IV des Klimabonus**
Für Neubauten, die ab 2016 errichtet worden sind sowie für Unterkünfte, die als Passivhäuser gefördert worden sind, soll künftig eine Miete von 5,75 Euro je Quadratmeter anerkannt werden.

Die entsprechend geänderten Richtlinien sind im SGA vorzustellen.

-.-.-

Zu Punkt 11

Festlegung des Ausbaustandards für die Heeper Straße zwischen der Teutoburger Straße und der Straße Am Venn

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5182/2014-2020

- abgesetzt -

-.-.-

Zu Punkt 12 **Festsetzung des Ausbaustandards für die Schloßhofstraße zwischen Voltmannstraße und Melanchthonstraße**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5234/2014-2020

Frau Hoheisel erläutert die Vorlage anhand eines Lageplans (**Anlage 6**).

Die Baumaßnahmen sollen mit der geplanten Deckensanierung der Jöllenbecker Straße in 2018 ausgeführt werden.

Vorsitzender Herr Baum informiert darüber, dass der Arbeitskreis „Bebaute Umwelt und Verkehr“ der Vorlage in vollem Umfang zugestimmt habe.

Frau Hoheisel beantwortet Fragen von Herrn Hofmann, Herrn Conty, Herrn Dr. Bruder und Herrn Heuer.

Herr Hofmann schlägt vor, bei den Parkplätzen auch mindestens zwei Behindertenparkplätze einzurichten. Der Beirat ist einverstanden und fasst ohne weitere Aussprache folgenden

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt den Bezirksvertretungen Mitte und Schildesche und dem Stadtentwicklungsausschuss den gesamten Streckenabschnitt *unter der Maßgabe zu beschließen, mindestens zwei Behindertenparkplätze einzurichten* und des Weiteren wie folgt zu beschließen:

- a) **Der vorgelegten Planung Ausbau der Schloßhofstraße zwischen Voltmannstraße und Melanchthonstraße entsprechend den beigefügten Querschnitten wird zugestimmt.
(Anlage 6 - 9)**
- b) **Dem Umbau der Kreuzung Schloßhofstraße / Drögestraße zu einem Kreisverkehrsplatz wird zugestimmt.**
- c) **Der Installation der Straßenbeleuchtung im Zuge des Straßenausbaues in Form von Mastaufsatzleuchten LED Lichtpunkthöhe ca.8 m wird zugestimmt.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit zwei Gegenstimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13 **Nachwahlen Interventionsbereich "Bebaute Umwelt und Verkehr"**

Die Kandidatin Frau Lutzmann stellt sich vor.

Einvernehmlich wird festgestellt, dass der Beirat per öffentliche Wahl abstimmen möchte.

Beschluss:

Frau Lutzmann wird als ordentliches Mitglied für den Interventionsbereich „Bebaute Umwelt und Verkehr“ gewählt.

- einstimmig beschlossen -

Frau Lutzmann nimmt die Wahl an.

Die Geschäftsführung teilt mit, dass für die Besetzung der Stellvertreterposition keine Kandidaten mehr vorhanden seien, die bei der Delegiertenversammlung anwesend waren. Da der Interventionsbereich „Bebaute Umwelt und Verkehr“ nicht auf bestimmte Selbsthilfegruppen einzugrenzen sei, müssten alle bei der Delegiertenversammlung anwesenden Selbsthilfegruppen in Bielefeld für eine evtl. Nachbesetzung der Stellvertreterposition angeschrieben werden. Herr Burkat erklärt sich dazu bereit, die Nachwahl zur Stellvertreterposition zu organisieren.

Der Beirat spricht sich mit zwei Enthaltungen und sieben Ja-Stimmen dafür aus.

Zu Punkt 14**Verpflichtung neuer Beiratsmitglieder**

Frau Lutzmann, neu gewähltes Mitglied für den Interventionsbereich „Bebaute Umwelt und Verkehr“, wird vom Vorsitzenden Herrn Baum begrüßt und in die Arbeit des Beirates eingeführt.

Sie wird nach folgender Formel verpflichtet:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Zu Punkt 15**Neubesetzung von Gremien und Arbeitsgruppen:**

Herr Hofmann wird aufgrund seines Umzuges und dem damit verbundenen Austritt aus dem Beirat folgende Funktionen nicht mehr ausüben; eine Neubesetzung ist daher erforderlich:

- vom Rat gewähltes Mitglied des Beirates für Behindertenfragen im Stadtentwicklungsausschuss
- Stellvertretung im Beirat Verkehrsverbund OWL

Des Weiteren scheiden Frau Pieper und Herr Hofmann aus dem Arbeitskreis Bebaute Umwelt und Verkehr aus. Vorsitzender Herr Baum lädt herzlich zur Mitarbeit in dem Arbeitskreis ein.

Frau Röder lädt ebenfalls herzlich zu dem Arbeitskreis Bildung und Schule ein.

Aufgrund der Vorschläge aus der Mitte des Beirates wird folgender Beschluss gefasst.

Beschluss:

Herr Winkelmann wird vom Beirat für Behindertenfragen als beratendes Mitglied in den Stadtentwicklungsausschuss delegiert.

Herr Schneck übernimmt die Funktion des Stellvertreters im Beirat Verkehrsverbund OWL.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 16 Inklusionsplanung - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Burkat berichtet über den aktuellen Stand der Inklusionsplanung.

Die Lenkungsgruppe werde ca. Mitte November tagen.

Im Dezember 2017 werde er einen Zwischenbericht über den Stand der Inklusionsplanung geben.

-.-.-

Zu Punkt 17 Sozialraumorientierung - eine Neuausrichtung der Quartierssozialarbeit des Amtes für soziale Leistungen - Sozialamt -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4970/2014-2020

Frau Streubühr informiert anhand einer Präsentation (**Anlage 7**) über die wesentlichen Punkte der Vorlage.

Fragen von Frau Köttnitz, Herrn Winkelmann, Frau Röder, Frau Niemeyer, Herrn Huhn, Herrn Conty und Herrn Holler-Göller werden beantwortet.

Vorsitzender Herr Baum bedankt sich für die Informationen und bittet um eine erneute Berichterstattung im nächsten Jahr.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 18 Berichte aus Gremien (Ratsausschüsse, sonstige Gremien und Arbeitsgruppen der Teilhilfesysteme)

Schul- und Sportausschuss:

Frau Röder berichtet über die vorgestellten Konzepte der beiden neuen Sekundarschulen.

Sozial- und Gesundheitsausschuss:

Herr Winkelmann informiert über die Diskussion bezüglich der Vorlage zum Thema Kosten der Unterkunft.

Schulentwicklungsplanung:

Frau Röder informiert über den Mangel an Schulen insbesondere im Sekundarbereich und ebenso über den bestehenden Lehrermangel.

Stadtentwicklungsausschuss:

Herr Hofmann informiert über den Parkplatzmangel in der Zimmerstraße. Aufgrund einer Feuerwehrezufahrt könnten allerdings keine zusätzlichen Parkplätze geschaffen werden.

Kulturausschuss:

Herr Huhn berichtet über die Entwicklungen im Historischen Museum und über das Behindertenleitsystem, das dort derzeit errichtet wird. Herr Dr. Bruder unterstützt bei der Umsetzung.

Umweltausschuss:

Herr Heuer berichtet über die Vorstellung der INSEK-Programme, die in der Novembersitzung auch im Beirat für Behindertenfragen vorgestellt werden.

Zu Punkt 19 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 19.1 Gesundheitsziele (Beschluss des Beirates für Behindertenfragen am 28.06.2017 zu der Vorlage 4910/2014-2020)

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Anlage.

Zu Punkt 19.2 Haushaltsplan 2018 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention (Beschluss des Beirates für Behindertenfragen am 28.06.2017)

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Information.

Zu Punkt 19.3 Anrechnung von Sonderzahlungen nach § 82 SGB XII für Personen, die in Werkstätten für behinderte Menschen arbeiten

Die Geschäftsführung teilt mit, dass die Mitglieder des SGA in der Sitzung vom 12.09.2017 darüber informiert worden seien, dass bevorstehende Rechtsänderungen verwaltungsseitig nicht bekannt seien.

Die Verwaltung sei deshalb gebeten worden, beim Ministerium den Sachstand zu erfragen.

-.-.-

Zu Punkt 20 Bericht an die Presse

Es gibt nichts zu berichten.

-.-.-

Vorsitzender Herr Baum stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.